

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.50 Vierteljahrs, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifen 1.25 (inkl. Postgeb.). Preis der
Eingelieferung 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 a je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 5 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 270.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 18. November 1931.

13. Jahrgang.

Wenn wir in höchsten Nöten sein
Und wissen nicht, wo aus noch ein,
Und finden weder Hilf noch Rat,
Da wir gleich sorgen früh und spät:
So ist dies unser Trost allein,
Daß wir zusammen insgesamt
Dich anrufen, o treuer Gott,
Um Rettung aus der Angst und Not.

Wir!

Ach Herr, unsre Missetaten haben's ja verdient;
aber hilf doch um deines Namens willen! denn unser
Ungehorsam ist groß, damit wir wider dich gesündigt
haben. Jer. 14, 7.

Der Landes- und -betrug stellt uns, wenn er ernst
genommen wird, vor die Frage: „Wie stehst du zu der
Sünde deines Volkes?“. Und hiermit ist eine
entscheidende Frage gestellt, denn man kann sich
nur auf zweierlei Weise zu der Sünde des Volkes stel-
len. Entweder so, daß man sagt, sie geht mich nichts an,
sie haben gesündigt, oder so, daß man sich mit verhasst
fühlt; wir haben gesündigt. So leicht, wie es dem Men-
schen wird, sich mit seinem Volk zusammenzuschließen,
wenn etwas Großes darin geschieht, so schwer tut er den-
selben Schritt bezüglich der Sünden, die auf dem Volke
liegen. Leicht ist es zu sagen, wir haben gesündigt, wir
haben eine große Entdeckung gemacht, obwohl doch der ein-
zelne meist gar nicht bei diesem Großen mitgewirkt hat.
Aber wer ist bereit zu sagen, wir haben gesündigt?
Die Last der Schuld wird ihm und hergeworfen wie
ein schwerer Ball. Sie haben gesündigt, so sagt ein Volk
im Blick auf die andern. Sie haben gesündigt, so ruft in
immer steigender Erbitterung eine Partei über die an-
dere. Ja, so geht's hinein auch bis ins kirchliche Leben.
Wo nur eine andere Glaubensart entdeckt wird, da wird
der Finger ausgestreckt mit dem harten Starren „sie“.

Nur der Mensch Gottes kann es zustande bringen, zu
sagen: wir. Jeremias konnte es, obwohl er — und viel-
leicht noch ein verschwindend kleiner Rest von Frommen
— wie der einzige Gerechte im Volke da stand. Aber
er will nicht mit seiner Gerechtigkeit sich über das
Volk erheben. Er will als ein Glied am Leibe dieses Vol-
kes sich mit ihm und seinen Sünden ganz zusammen-
fassen, in der Tiefe vor Gott stehen, nichts von seiner Ge-
rechtigkeit in die Waagschale legen: „Hilf, hilf um Dei-
nes Namens willen.“

Wenn wir ganz wahr vor Gott stehen, dann sollte sich
mährlich das „wir“ wie von selbst auf unsere Lippen
drängen. Wo ist denn bei uns — ich rede von der Chri-
stengemeinde — die Gerechtigkeit, nach der wir uns tren-
nen dürfen von unserem Volk und seinen Sünden?
Nennt doch nur eins, was uns heute Not macht! Sei es
das schlechte Umgehen mit anvertrautem Gut, sei es der
Wille der Herrschsucht, sei es selbst die Macht der niedri-
gen Triebe des Menschen. Dringen nicht alle diese dunk-
len Wasser der Sünde in irgendeinem Maße auch in die
Gemeinde ein? Aber das ist ja noch das geringste; nicht
durch ihre Tugend, sondern durch ihren Glauben
sollte sich ja die Gemeinde von der Welt unterscheiden. Im
Glauben aber ist sie die Empfängerin, die aus der Kraft
des Herrn leben und lieben kann und so seinen Namen
ehren darf. Wenn nun von den Kräften des Glaubens
und der Liebe so wenig in der Gemeinde offenbar wird,
ist dann nicht Grund genug dazu da, daß der Name des
Herrn um ihrer willen gelästert wird in der Welt? Und
ist es nicht eine Sünde, die schwerer wiegt als die Welt-
sünde, wenn wir Anlaß zu solcher Lästerung des Namens
Christi gegeben haben?

Einer ist's, der uns noch ganz anders als Jeremias in
die Tiefe zieht, in welcher wir das „Wir“ sagen können,
sagen müssen. Das ist der Herr, der ganz unten steht,
der sich für uns zur Sünde machen ließ. So habe ich nun
wie Er neben denen zu stehen, die sich „Gottlose“ nennen,
und neben denen, die es sind. Auch neben denen, an de-
ren Frömmigkeit ich viel aussetzen zu müssen glaube. Und
in dieser Tiefe darf ich stehen neben dem Gamm Gottes,
das der Welt Sünde trägt, darf ich stehen, hilf doch um
deines Namens willen und nur so darf ich auch
auf Vergebung und Hilfe für mich selbst und mein Volk
hoffen.

Gefinnungserweichung.

Von D. Martin Ulbrich.

Der skandalöse Sklarekprozeß, der ein übles Klee-
blatt dunkler Ehrenmänner auf die Anklagebank ge-
bracht hat, deckt nicht nur einen ungeheuren und allzu-
lange geübten Betrug auf, der die Reichshauptstadt um
viele Millionen geschädigt hat, sondern er läßt uns auch
tiefe Blicke in ein verfaultes Gesellschaftsleben tun, das
auf ein unersättliches Genießen bedacht ist, ohne daß die
Teilnehmer sich sonderliche Bedenken machen, woher die
Mittel dazu kamen. Bei den Veranstaltungen gingen ange-
sehene Persönlichkeiten aus allen Schichten aus und ein,
und sie ließen es sich wohlgefallen, daß man sie mit aller-
lei Herrlichkeiten, die Zunge und Gaumen ergötzen, füt-
tete. Und die noch nicht zu den Festlichkeiten Zulatz be-
kommen hatten, ließen es sich nicht verdrängen, bei den
bewunderten Geldmännern zu antichambrieren, in der
Hoffnung, ebenfalls bald zu ihnen in engere Beziehungen
zu treten.

Wenn man vielleicht nicht allen Gästen des Sklarek-
kreises nachsagen darf, daß ihre Harmlosigkeit im Mit-
gerieten der kostbaren Delikatessen und Weine erlogen
war, so muß es doch den objektiven Beurteiler bestun-
nen, daß es möglich war, daß die Betreffenden sich so
lange durch den Talmiglanz und das Scheingepränge
blenden ließen, so daß sie strupellos alles mitmachten,
wozu man sie einlud. Und es ist kein gutes Zeichen für
den Scharfblick dieser Leute, daß sie nichts von der Un-
sauberkeit der Verhältnisse spürten, sondern sich noch
geehrt fühlten, wenn sie ihre facsimilierten Unterschrif-
ten auf dem Sklarekischen Freundschaftsbecher anbringen
durften.

In der Welt hat es wohl immer Schmarotzer gegeben,
die es sich an den Tischen der Reichen wohl sein ließen.
Aber das waren minderwertige Menschen, deren Ehrbe-
griff wenig ausgebildet war. Aber hier geht es um viele
Persönlichkeiten in verantwortungsvollen Stellen, um
Träger von wichtigen Ehrenämtern, bei denen man ein
starkes Gefühl für das, was Recht und Unrecht ist, vor-
aussetzen mußte. Die Gäste kamen und ließen sich ein-
fangen und machten unbedenklich alles mit, was man
ihnen zumutete, und sie bedankten sich obendrein dafür,
daß sie soviel von dem Glanze der Gastgeber auf sie über-
ging. Und es blieb nicht bei der Tischgesellschaft. Aus der
Gastfreundschaft wurden Gefälligkeiten und Vorteilszu-
wendungen plumper Art, die sonst von korrekten Ehren-
männern zurückgewiesen werden. Und kamen elischen
Leuten Bedenken, so konnten sie nicht mehr zurück, weil
sie in ihrer Ahnungslosigkeit sich schon allzutief hatten
verstricken lassen.

Und woher kam das alles? Es rächt sich eben, wenn
Leute in höhere öffentliche Ämter berufen werden, die
keine blasse Ahnung von den mannigfaltigen Aufgaben
besitzen, die sie im Auftrag der Allgemeinheit zu lösen
haben. Es fehlte ihnen der unbestechliche Beamtenfinn
und die unwandelbare Berufstreue, die gegen die mannig-
fachen Versuchungen der gegenwärtigen Zeit genügend
Festigkeit verleiht. Es fehlte vor allem der Scharfblick,
der die bloße Maske der Wohlwollständigkeit von echtem
korrekten Wesen unterscheidet. So konnte es geschehen,
daß ein Mann wie der Stadtrat Gaebel, der für die Vor-
gänge typisch ist, ahnungslos eine Beute der Sklareks
wurde und mit ihnen auf die Anklagebank kam, von der
aus er in seiner Selbstrechtfertigung äußerte: „Wie sollte
ich denn Mißtrauen gegen die Sklareks gehabt haben?
Alles verkehrte doch bei ihnen. Überall, an den amt-
lichen Stellen waren sie angesehen. Sie waren die gro-
ßen Leute von Berlin. Jetzt verlangt man von mir, dem
kleinen unbedeutenden Gaebel, daß ich Mißtrauen gegen
die großmächtigen Sklareks hätte haben sollen.“ So stan-
den viele andere und dachten in derselben Art. Die Mül-
ken flogen ins Licht und verbrannten sich, weil der Wind
sie dahin wehte. Und auf diese Weise wuchs der Kreis der
Sklarekverehrten, die sich's bei den üppigen Tischen wohl
sein ließen. Und je mehr Leute sich darum sammelten, um
so schwerer war's, die Wahrheit zu erkennen.

Und fragt man nun, von was für einer Macht in letz-
ter Linie der unheimliche Zauber ausging, der so vielen
Menschen die Augen blendete? Es war die Macht des Gel-
des, des nichtswürdigen Mammons, dessen verderbliche
Art durch den Sklarekandal wieder einmal aufgedeckt
wird. Alle Glieder des Sklarek-Kreises waren bewußt
oder unbewußt dieser Macht verfallen. Dadurch wurden
die Bedenken veräußert und die Gefinnung erweicht bis
zur inneren Verhüllung, wie sie ärger nicht gedacht wer-
den kann. Die Vorgänge erinnern an die Gründerzeit
in den Jahren nach dem deutsch-französischen Kriege, in
welcher Henry Stroußberg — eigentlich Baruch Sirsch

Strausberg — mit seinen verwegenen Eisenbahngründun-
gen sich einen bedenklichen Ruf erworb, bis der üble Ver-
lauf des rumänischen Unternehmens ihm den Hals brach.
Was für vornehme Leute verkehrten damals in den
Prachtzügen seines Berliner Palais, das heute die englische
Botschaft inne hat! Aber es muß diesem Manne zur Eh-
renrettung nachgesagt werden, daß er kein bewußter Ver-
trüger war, sondern nur ein waghalsiger Enthusiast,
dem vieles geglückt ist. Ob man in dieser Weise die
Sklareks entschuldigen darf, ist zweifelhaft. Aber was
die Dinge auch liegen mögen, der christliche Beurteiler
ist entsetzt über die ungeheure Verderbnis, die wieder ein-
mal der unfelige Mammonshunger angerichtet hat, so
daß erneut das Wort der Schrift zur Wahrheit geworden
ist: „Die da reich werden wollen, fallen in Versuchung und
Stricke und viel törichte und schädliche Lüste, welche ver-
senken die Menschen in Verderbnis und Verdammnis.“
Das müssen wir uns sagen in dieser trüben glaubenslosen
Zeit in der sich die Menschen nicht mehr vom heiligen
Gottesgeiste strafen lassen. Und so sehen wir in den Vor-
gängen ein gerechtes Gottesgericht, das uns zur Einkehr
und Umkehr treiben muß. Sonst erfährt einmal unser
ganzes Volk das furchtbare Gottesurteil: Gewogen, ge-
wogen und zu leicht befunden!

Auf der Schwelle des X. Jahres.

Große Rundgebungen haben vor einiger Zeit in ganz
Italien stattgefunden. Das italienische Volk hat nämlich
die Wiederkehr des 28. Oktober feierlich begangen. Vor 9
Jahren hat Mussolini den historischen Marsch auf Rom
angetreten. Die parlamentarische Lage war damals ver-
dorren. Der Ministerpräsident Facta hatte sich als un-
fähig erwiesen, die Geschichte Italiens zu leiten. Mussolini
der seine Stunde kommen sah, verlangte 5 Ministerien.
Auflösung der Kammer, Wahlreform und Neuwahlen.
Seine Forderungen wurden abgelehnt. Nach der Vorwahl
in Neapel, am 24. Okt. 1922, zog der Duce 200 000 Ge-
schützten zusammen und gab ihnen den Befehl, Rom zu be-
setzen. Von Padua aus begann der Vormarsch der
Schwarzhemden. Ohne lange Unterhandlungen und Ge-
schäfte wurden alle telegraphischen und telefonischen Ver-
bindungen in der ganzen Halbinsel unterbrochen. Eisen-
bahnstationen, Post- und Telegraphenämter wurden
besetzt. Ein Teil des Heeres verbrüdete sich mit den
Schwarzhemden, die in wenigen Tagen Nord- und Mit-
telitalien in die Hände bekamen. Sie drangen
in Rom ein. Groß war die Bestürzung und
Verwirrung. Das Ministerium erbat vom Kö-
nig die Genehmigung, den Belagerungszustand zu ver-
hängen. Vittorio Emanuele, der vielleicht Blutvergie-
ßen befürchtete, lehnte ab. Zunächst beabsichtigte man,
den alten Taktiker und Menschenkenner Giolitti, der
stets für die Neutralität Italiens im Kriege eingetreten
war, zur Bildung einer neuen Regierung zu berufen. Der
Gedanke wurde aber bald fallen gelassen. Der frühere
Ministerpräsident Salandra, der Italien in den Krieg ge-
trieben hatte, sollte mit der Neubildung eines Kabinetts
betraut werden. Mussolini ging aber aufs Ganze. In
„Popolo d'Italia“ erklärte er am 29. Oktober, daß er
nicht mobilisiert habe, um ein Kabinett Giolitti oder Sa-
landra entstehen zu lassen. „Die Faschisten“, so schrieb er,
„wollen die Macht, und sie werden sie auch bekommen.“
Der König rief Mussolini zu sich. Am 30. Oktober 1922
morgens 11 Uhr, traf der Duce in Rom ein, begrüßt von
einer großen Menschenmenge. Im offenen Auto fuhr er
zum Palast des Königs, nach dem Quirinale. Dort erhielt
er den Auftrag, eine neue Regierung zu bilden.

Wie alle Revolutionen, die willens sind, eine neue
Ära einzuleiten, hat auch der Faschismus eine eigene
Zeitrechnung eingeführt. Das Jahr I beginnt am 28. Ok-
tober 1922, also an dem Tage, an dem die Faschisten zum
Marsch auf Rom mobilisiert worden sind. Die Bezeich-
nung Jahr I, II usw. ist nicht allein in den Verwaltungs-
akten anzutreffen, sondern wird in der Geschäfts- und
nicht selten in der Privatkorrespondenz gebraucht.

Am 28. Okt. eines jeden Jahres finden besondere Feier-
lichkeiten statt. Diese bestehen zumeist aus Einweihun-
gen öffentlicher Arbeiten. Diese Einweihungen verfolgen
einen doppelten Zweck. Sie wollen einmal zeigen, daß
das faschistische Regime wirklich hält, was es verspricht.
Darüber hinaus wollen diese Veranstaltungen aber auch
den Italienern Gelegenheit geben, an der Entwicklung
des nationalen Lebens Anteil zu nehmen. Damit erweist
sich Mussolini als Menschenkenner. Denn diese Rund-
gebungen hinterlassen beim Volke einen tieferen Ein-
druck als die Verabschiedung von Gesetzen, über deren
Richtigkeit oder Unrichtigkeit nicht selten sogar bei den
Faschisten Unstimmigkeit und Unklarheit herrscht. So

sehe sieht man übrigens nicht. Krankenhäuser, Brücken, Schulen, Straßen usw. sind dagegen jedem zugänglich.

Auch die Art der Einweihung entspricht ganz und gar dem Empfinden der italienischen Bevölkerung. Wir Deutsche lächeln oft über das Drum und Dran dieser Veranstaltungen. Wir müssen uns aber davor hüten, unser Denken und Fühlen als Maßstab für die Beurteilung anderer Völker zu nehmen. Lateinische Völker lieben eben die Geister, das Theatermachen. Schon im alten Rom war es so. Seitdem ist es nicht besser geworden. Diese Kundgebungen haben jedenfalls den Vorteil, daß das Volk wenigstens einmal im Jahr seine Führer sieht. Der Kontakt zwischen Führer und Geführten ist nicht so lose wie in Deutschland, wo man Minister nur im Rundfunk oder in Partei- oder geschlossenen Tagungen hört.

Öffentliche Arbeiten werden nicht allein in Großstädten, sondern auch auf dem Lande ausgeführt. Auch die Feinde des Faschismus gaben offen zu, daß in keiner Epoche, nicht einmal im kaiserl. Rom und in der Renaissance, soviel gearbeitet wurde wie jetzt. Allein im IX. Jahre der faschist. Ära sind über 2000 große öffentliche Arbeiten für einen Betrag von rd. 2 Milliarden Lire vollendet worden. Davon sind 620 Millionen für Nord-, 550 Millionen für Mittel- und etwa 880 Millionen Lire für Süditalien ausgegeben worden. Das faschistische Regime bedenkt im Gegensatz zur alten Regierung vor 1922 nicht allein Nord-, sondern Mittel- und Süditalien. Kein Wunder, daß zu den überzeugtesten Faschisten sehr viele Mittel- und Süditaliener gehören.

Unter den Arbeiten, die im vergangenen faschistischen Jahr geleistet wurden, sind u. a. die Bewässerungsanlagen der Mincio-Ebene und die Schaffung eines Hafens für die Handelsmarine in Neapel zu erwähnen.

Gigantisch ist die Leistung des Faschismus auf allen Gebieten. Eine Unmenge Autostraßen, Brücken, Tunnel, Eisenbahnen, Kanäle, Bewässerungsanlagen, Schulen, Kasernen, Kais, Krankenhäuser, Schiffe, Häuser usw. sind gebaut worden. Wer mit Italien in Fühlung steht, der staunt von Jahr zu Jahr über die Aufwärtsentwicklung dieses Landes. Schon vor im Jahre 1925 in Rom war, erkennt die Innenstadt nicht mehr wieder.

Kein anderes Land kann für die gleiche Zeit ähnliche Leistungen aufzählen. Italien geht trotz Kapitalarmut unter der genialen staatsmännischen Leitung Mussolinis einer organisch sich entwickelnden Wiedergeburt entgegen.

E. F. R.

Unruhe um die Parität.

Aus Elternkreisen wird uns geschrieben:

Die evangelische Eltern- und Lehrerschaft von Groß-Köln hat an den preußischen Unterrichtsminister eine Eingabe gerichtet, in der sie auf die verhängnisvolle Auswirkungen des Schulstellenabbaus in Köln hinweist. Da in Köln 129 katholische und 32 evangelische Volksschulen vorhanden sind, aber 20 katholische und 33 evangelische Lehrer abgebaut werden sollen, so liegt die imparitätliche Behandlung am Tage. Auch die Erhöhung der Klassenstärke wirkt sich besonders stark bei dem evangelischen Teil aus: Die Klassenstärke würde künftig auf katholischer Seite 45, auf evangelischer Seite 49,2 (heute 43) betragen. Die Eingabe fordert, daß die Abbaumaßnahmen unbedingt nach der in der Reichsverfassung gewährleisteten Parität erfolgen, und spricht die Erwartung aus, daß durch unverzügliche Nachprüfung eine Beseitigung der imparitätlichen Behandlung des evangelischen Volksteils herbeigeführt werde.

Leider ist ja der Fall Köln nicht der einzige. Aus einer Reihe anderer Städte werden ähnliche Klagen bekannt über den Zustand der Imparität, der durch den Abbau geschaffen wird. So sollen in Minden 131 evangelische Stellen, zwei weltliche und keine katholischen abgebaut

werden, in Osnabrück 33 evangelische, keine weltlichen und keine katholischen usw.

Im Frankfurter Sonntagsgruß schreibt Pfr. Probst:

In Hessen-Kassel ist 482 Lehrern gekündigt worden. Es ist schon furchtbar, daß die Schule so geschädigt wird, und daß man die Deutschen auch noch um das bißchen Bildung bringt, das sie bisher immer noch hochhielt. Aber das ist eine Sache für sich. Uns kommt es heute darauf an, festzustellen, daß unter diesen 482 Lehrern sage und schreibe 480 evangelische und — sage und schreibe — nur 2 katholische sind. Nur 2! Sage niemand, die Provinz sei überwiegend evangelisch. Zu Hessen-Kassel gehört Fulda und die ganze katholische Gegend. Und doch nur 2 katholische Lehrer, aber 480 evangelische, 240 mal mehr als katholische! Mühte da nicht die evangelische Partei eintreten? Mühte sie, die den katholischen Brünning am Reichstag hielt, nicht wenigstens fordern, daß man uns Evangelische nicht einfach zertreten dürfe? Sic Rhodus, hic Salta!

Warum nicht mit Brüning?

Im Aufwärts vom 10. 11. 31 steht am Schluß des letzten Abschnittes des Aufsatzes: „Warum mit Brüning?“ der Satz: „Ist es nun ein Verbrechen, zu dem katholischen Brüning ebensoviel Vertrauen zu haben, wie zu dem katholischen Hitler?“ Aber, sehr geehrter Herr Scheele, ist Brüning etwa nicht der Exponent der „ultramontanen“ Zentrumsparterie? Warum wird diese Partei „ultramontan“ genannt? Doch wohl, weil man annimmt, daß sie in sehr enger Fühlung steht mit der Politik des ultra montes, jenseits der Alpen, in seinem Kirchenstaate herrschenden Oberhauptes ihrer Kirche, des Papstes. Für die Politik des Vatikans in Rom sind aber sicherlich in erster Linie die Interessen der römisch-katholischen Kirche maßgebend. Ist da nicht die Sorge berechtigt, daß auch für die Politik der ultramontan benannten Partei, ebenso die Interessen ihrer Kirche und des Papstes an erster Stelle stehen und denen des Deutschen Reiches vorangehen, zumal für den Vatikan Deutschland als Hochburg des Protestantismus gilt. Hat der Vatikan vielleicht nicht triumphiert, als das protestantische deutsche Kaiserium gestürzt wurde?

Wie steht es aber mit dem auch katholischen Hitler? Warum ist dieser und seine Gefolgschaft, die sich bis weit hinein in die katholischen Kreise erstreckt, der römisch-katholischen Kirche so verhaßt, daß ihre Priester sogar den Hitlerleuten die „Gnadenmittel“ ihrer Kirche verweigern? Hitler hat offenbar bei seiner Politik nicht die Fühlungnahme mit dem Vatikan genommen, wie sie auf Seiten der „Ultramontanen“ angenommen wird. Hitler treibt nur vaterländische deutsche Politik, keine römische. Er verwirft es, ebenso wie Mussolini, diese mit römisch-katholischer Kirchenpolitik zu vermischen. Bekanntlich hat Mussolini es verstanden, dem Papst klar zu machen, daß die Kirche nur für die religiösen Interessen, der Staat aber in voller Unabhängigkeit von der Kirche für die wirtschaftlichen und politischen Interessen seines Volkes zu sorgen habe. Der Papst hat sich genötigt gesehen, sich in diesem Sinne mit Mussolini zu „verständigen“. Hat er dabei vielleicht an die Zerstörung der Klöster und die Ausweisung der Jesuiten in dem rein katholischen Spanien gedacht?

Kann ich nach solchen Erwägungen zu dem römisch-katholischen Brüning ebensoviel Vertrauen haben, wie zu dem deutsch-katholischen Hitler? Ich halte es für ein großes Glück für unser Vaterland, daß endlich der Bann gebrochen ist, der es jedem gutkatholischen Deutschen zu einer Gewissenspflicht machte, Zentrumsleute zu sein. Bei den letzten Reichstagswahlen hat bei weitem nicht die Hälfte der katholischen Wähler Zentrum gewählt, sondern ein großer Teil hat sich den nationalen Rechtsparteien angeschlossen. Ich würde es für ein Glück für unser Vaterland halten, wenn sich Katholiken und Protestanten immer zahlreicher zu gemeinsamer nationaler Arbeit zu-

sammenfinden und das „ultramontane“ Zentrum zur Machtlosigkeit hinabsinken würde. Eine evangelische Zentrumsparterie (Volksdienstparterie), die sich an die römisch-katholische Zentrumsparterie anlehnt, ist für meinen geistigen protestantischen Horizont unbegreiflich. Herr Scheele, haben Sie schon von der „katholischen Aktion“ gehört, einer mit großer Geldmacht und vieler List betriebenen Gegenreformation? Ein mit dem Weltgeschehen sehr vertrauter Mann sagte kürzlich: „Was wir heute erleben, ist die Fortsetzung des Dreißigjährigen Krieges!“

Ich hoffe, Herr Scheele, daß ich Ihnen verständlich gemacht habe, warum außer schwerwiegenden anderen Gründen besonders aber auf Grund der von mir aufgezeigten Gedankengänge weite evangelische Kreise sagen: „Nicht mit Brüning!“

San. Rat Dr. Windler, Nichtmitglied der NSDAP.

Zu der Auseinandersetzung „Warum mit Brüning“ und „Mit gutem Gewissen“ sind noch eine große Zahl Artikel eingegangen, deren Veröffentlichung einfach unmöglich ist und auch kaum zu größerer Klarheit und Verständigung führen würde. Weil aber von der Seite des Christlichen Volksdienstes mit so großer Entschiedenheit behauptet wurde, die Brüning-Regierung sei keine Parteiregierung und mithin auch keine Zentrumsregierung, und weil gerade in den letzten Tagen noch so manches vorgegangen ist, wir machen aufmerksam auf den kleinen Artikel in der heutigen Nummer „Unruhe um die Parität“, auf den Eifer, mit der Dr. Brüning dem Zentrum Bericht erstattet und an seine Rede in Mainz als Parteiredner des Zentrums, deshalb glaubten wir, die kurzen Darlegungen Dr. Windlers noch aufnehmen zu sollen. Das, was sich jetzt geleistet wird in dem Bestreben, in Staat, Kommune, Universität und Schule, evangelischen Einfluß auszuscheiden und katholische Interessen zu fördern, ist doch so offenbar, daß es gar nicht übersehen werden kann. Vom preußisch-deutschen Standpunkte aus darf dazu nicht geschwiegen werden.

Die Schriftleitung.

Die kommunistische Landpropaganda.

Der Erfolg, den die Nationalsozialisten bei den Wahlen in Mecklenburg gehabt haben, und die Tatsache, daß von den abgesprungenen sozialdemokratischen Stimmen höchsten 20 Prozent den Kommunisten zugefallen sind, hat diesen die Notwendigkeit gezeigt, eine intensivere Tätigkeit auf dem Lande zu unternehmen. So schreibt die „Rote Fahne“ (1931, Nr. 197): „Sinaus aufs Land. Die Klein- und Mittelbauern mit den Zielen des Kommunismus bekannt machen! In die letzte Dorfkatze, in jedes Gehöft der verschuldeten Bauern muß die Kunde von den großen gemeinsamen Kämpfen der Kommunisten mit den Bauern dringen!“

Der Bauerntag der KPD. am 15. November muß alle revolutionären Gewerkschaftler zur Agitation auf dem Lande treiben, dann wird der Landprolet und Kleinbauer erkennen, auf welcher Seite er gehört, dann wird das Land nicht weiß, sondern rot werden.

In einem Aufruf, der in riesiger Auflage auf das flache Land verbreitet wird, fordert die kommunistische Partei zur Durchführung des Bauerntages am 15. November auf. Der Aufruf schildert die Not der Bauern: Arbeiternot — Bauernnot! Ein Heer von 10 500 Gerichtsvollziehern ist unterwegs. Die Kapitalisten holen dem Bauern die letzte Kuh aus dem Stall. 40 000 Klein- und Mittelbauern gingen 1930 zugrunde. Schaut nach Sowjet-Rußland! Da sitzt ein freies Volk auf freiem Grund.“ (??) Wir aber fragen demgegenüber: „Warum sind denn die deutschen Wolgabauern aus Rußland ausgewandert?“ St.

Die 2. Generalversammlung des Bekennerbundes der Provinz Ost- und Westpreußen in Allenstein, am 8. und 9. November 1931.

Der Bund der Bekenner des biblischen Evangeliums hielt am 8. und 9. November in Allenstein seine 2. Generalversammlung ab. Die Tagung begann am Sonntag, den 8. November, abends 8 Uhr mit einem Festgottesdienst in der Garnisonkirche. In der bis auf den letzten Platz gefüllten Kirche hielt Dompfarrer Willmann, Königsberg, die Festpredigt über Jesus, den Bekenner, unter Zugrundelegung des Schriftwortes Matthäus 26, 62—65. Die Liturgie sprach Pfarrer Edelhoff, Juditten.

Nach dem Festgottesdienst fand eine Sitzung des Provinzialvorstandes statt, die die Mitglieder bis spät in die Nacht zusammenhielt.

Die Haupttagung füllte den 9. November. Die Generalversammlung, die im großen Saal des Gemeindehauses stattfand, war außerordentlich gut besucht. Es waren Vertreter des Bundes aus der ganzen Provinz erschienen. Einige Kirchenkreise und Ortsgruppen, die nicht vertreten waren, hatten schriftliche Grüße und Segenswünsche gesandt. Ebenso hatten die Bekennerbünde der Provinzen Rheinland und Westfalen ihre Grüße übermittelt.

Die Tagung begann mit einer Morgenandacht von Pfarrer Edelhoff, Juditten. Dann eröffnete der Vorsitzende des Bundes, Schulrat Tarnow, Insterburg, die Versammlung.

Er wies hin auf die Not unserer Zeit und führte aus, daß nicht die Not an sich das Gefährliche unserer Lage sei, sondern der Verlust der inneren geistigen Spannkraft. Die innere Spannkraft aber können wir nur gewinnen, wenn wir lernen, christlich zu denken und uns auf den Boden der Heiligen Schrift zu stellen. Wir dür-

fen auch nicht auf die Erscheinungen der Zeit sehen, sondern müssen hinter den Erscheinungen die leitende Hand Gottes erkennen. Gelingt uns das, dann kann die Not uns nichts anhaben; dann stehen wir auf der Seite Gottes, auf der Seite des Siegers.

In seinem Tätigkeitsbericht gab der Vorsitzende einen Überblick über die Entstehung des Bundes und schilderte dann die Arbeit des Bundes in der Provinzial- und Generalsynode. Besonders gedachte er des Kirchengesetzes betreffend die Ordnung des kirchlichen Lebens und des Kirchenvertrages. Mit einer Darstellung der Arbeit in den über 50 Ortsgruppen der Provinz und mit einem Hinweis auf das Bundesblatt schloß Schulrat Tarnow seinen Bericht.

Es folgte eine Aussprache, an der die Versammlung regen Anteil nahm. Den Kern der Tagung bildeten die Referate von Pfarrer Finger, Allenstein, und Stadtmann Britschien, Königsberg, über die neue Agenda. In sehr gründlichen Darlegungen wurde erörtert, was an der neuen Agenda begrüßenswert ist und was unbedingt abgelehnt werden müsse. Die Fülle des Stoffes verbietet ein Eingehen auf Einzelheiten. Hervorgehoben sei nur, daß die Delegierten sich durchweg der Ansicht des Vortragenden angeschlossen und es lebhaft begrüßten, wenn die Referenten die Neuerungen ablehnten, die im Agendenentwurf als Entgegenkommen für den Liberalismus zu deuten sind.

In der Aussprache vertiefte sich noch die Ueberzeugung, daß aus der alten Agenda nichts geopfert werden dürfe, was als altbewährtes Gut unbedingt erhalten werden müsse.

Mit einem Gebet von Pfarrer Dr. Rüppers, Bischofsburg schloß den Vormittag.

Am Nachmittag hielt Pfarrer W. Willmann, Königsberg, einen Vortrag über das Thema „Auf, zur Kirchenvahl 1932“.

Er führte aus, daß das Ziel des Bekennerbundes die Verlebendigung der Kirche sei, setzte sich mit den anderen Gruppen in der Kirche auseinander und schilderte den Bekennerbund als Kampfbund. Es werde dem Bunde vorgeworfen, daß er die Ruhe in den Kirchengemeinden störe. Das sei nur dann richtig, wenn man unter Ruhe die Ruhe des Kirchhofs verstehe. Eine solche Ruhe störe könne der Kirche aber nur zum Segen gereichen. Ohne Kampf gehe es nicht ab. Es sei daher praktisch und könne dem Bunde nur förderlich sein, wenn er sich in der nächsten Wahlzeit zum Segen der Kirche energisch betätige.

Nach der Aussprache erstattete der Kassierer des Bundes, Kaufmann Reitzsch, Allenstein, den Kassenbericht und sprach über Organisationsfragen. Er wies unter anderem auf das Bundesblatt hin, das vor einem Jahr mit 7000 Stück zu erscheinen begann und jetzt in einer Auflage von 10 000 Stück gedruckt werde. Als Sprachrohr des südlichen Ostpreußens sei es begründet, jetzt sei es Organ des Gesamtbundes im ganzen Kirchengebiet der altpreussischen Union und werde gelesen auch darüber hinaus in ganz Deutschland.

Auch an diesen Bericht schloß sich eine rege Aussprache. Aus der Versammlung heraus wurde vorgeschlagen, nunmehr in allen Orten der Provinz aufzurufen, die Gedanken der Generalversammlung weiter zu tragen und energisch für den Bund zu werben. Die Allensteiner Tagung sei die große Felddiensthilfe. Viel wesentlicher aber sei die Kleinarbeit auf den Exzerzierplätzen. Das aber sei die Aufgabe der Ortsgruppen.

Mit einer ergreifenden Andacht von Pfarrer Worm Willenberg über Matthäus 10, 24 schloß die Tagung.

Wer diese Tagung in Allenstein mitmachen durfte, schied mit dem Erlebnis der brüderlichen Verbundenheit und des Zusammenwachsens aller Teilnehmer. Dieses Erlebnis wird der Bundesarbeit zum Segen reichen. Landgerichtsrat Kramer, Allenstein.

Hitlers Massenfieg.

Nationalsozialistische Stimmen in einem Jahr verdoppelt.
— Berlin, 17. November.

Der Massenfieg der Nationalsozialisten in Hessen hat, obwohl das hessische Land nur etwa ein Bierzigstel der deutschen Wählerschaft umfaßt, auch in der Reichshauptstadt die stärkste Beachtung gefunden. Da, selbst im Auslande, erörtern die führenden Zeitungen lang und breit den Ausfall und die Folgen dieser Wahl.

Die hessische Wählerschaft hat eben — worüber es allerdings für aufmerksame Beobachter nie einen Zweifel gab — nicht nur über die Zusammensetzung des neuen Landtags eine Entscheidung gefällt, sondern sie hat auch die Bildung einer neuen Regierung gezeugt, sondern sie hat auch der Stimmung Ausdruck gegeben, die jetzt im deutschen Gesamtvolke herrscht und aus der heraus im kommenden Frühjahr der preussische Landtag gewählt werden wird.

Der erste Eindruck der hessischen Wahlentscheidung ist der, daß die Parteien-Gruppierung, die jetzt noch in vielen deutschen Ländern die Politik bestimmt, überlebt ist. Auch der Reichstag vom September 1930 entspricht nicht mehr der politischen Haltung des deutschen Volkes. Wie tiefgehend aber die Wandlungen sind, die sich in immer schnellerem Tempo vollziehen, zeigt sich gerade in den kleineren Ländern am deutlichsten, so z. B. in Hessen, darin, daß von den elf Parteien des neuen Landtags sechs nur noch durch je einen Abgeordneten vertreten sind! Und darunter befinden sich Parteien, die in der deutschen Politik einst eine große Rolle gespielt haben.

Mag man diese Veränderungen in den einzelnen Fraktionen bewerten wie man will, vor der Tatsache, daß die politische Struktur Deutschlands durchgreifende Umwandlungen erfahren, darf niemand mehr die Augen verschließen. Aber das genügt nicht. Mit dieser Umgruppierung sind eine Reihe von Fragen aufgelaufen, zu denen jetzt klar und bestimmt Stellung genommen werden muß.

Und allem Unscheln nach werden diese für die gesamte deutsche Politik grundlegenden Auseinandersetzungen bereits der Hessenwahl auf dem Fuße folgen. Die Weimarer Koalition, die aus dem Zentrum, der Staatspartei und den Sozialdemokraten bestand, und die in Hessen seit 13 Jahren das Szepter in der Hand hatte, hat, wie auch der hessische Staatspräsident Dr. Adenauer anerkannte, keine Möglichkeit mehr, sich im neuen Landtag durchzusetzen. Verfügte sie im alten Landtag über 42 von 70 Mandaten, dann ist sie im neuen mit 26 tief in die Minderheit geraten. Selbst wenn sie die Unterstützung von allen Parteien links von den Deutschnationalen erhalten würde, würde sie damit noch längst nicht die Mehrheit erlangen.

Andererseits bilden aber auch die Nationalsozialisten für sich, obwohl sie an Stimmen und Mandaten stärker sind als die Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen, noch keine Mehrheit. Unterstellt man nun die Unterstützung der Nationalsozialisten durch die rechtsstehenden bürgerlichen Parteien als sicher, dann kommt man zu einer Mandatszahl, bei der nur noch vier Stimmen zur Mehrheit fehlen. Diese Stimmen müßten aber — vom Zentrum kommen.

Damit hängt also der weitere Verlauf der Dinge von der Politik der hessischen Zentrumsfraktion ab, die insgesamt zehn Abgeordnete stark ist. Und das wird die parlamentarische Entwicklung in Hessen für einige Zeit in den Mittelpunkt der deutschen Innenpolitik rücken, dadurch nämlich, daß taktische Erfordernisse, oder anders ausgedrückt: der Zwang, eine aktionsfähige Regierung zu bilden, abermals die Frage nach der Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Nationalsozialisten aufwerfen.

Bisher hat sich ein solches Zusammenwirken der Nationalsozialisten und des Zentrums noch in keinem deutschen Lande erzielen lassen. Das höchste in dieser Hinsicht war vielmehr eine öffentliche Diskussion über die Voraussetzungen einer solchen Koalition. Seit der Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei ist es dann aber auch darüber wieder still geworden. In Auswirkung des nationalsozialistischen Massenlieges in Hessen dürften nun neue grundsätzliche Auseinandersetzungen beginnen. Außerlich werden sich die Dinge in der Form abspielen, daß zunächst die hessische Regierung sich darüber entscheiden muß, ob sie weiter im Amt verbleiben will, um es auf einen Sturz durch den neuen Landtag, der am 3. Dezember zusammentritt, ankommen zu lassen, oder ob sie angesichts des Wahlausfalls noch vor der Landtagseröffnung zurücktreten und damit sofort die Bahn für die Bildung einer neuen Regierung freimachen will.

Daß die Nationalsozialisten bereit sind, in Hessen die Macht zu übernehmen, zeigt das Echo, das die Wahlentscheidung im nationalsozialistischen Lager ausgelöst hat. Unterstützt wird diese Forderung von einem großen Teil der bürgerlichen Politiker, die davon ausgehen, daß eine Partei, die stärker ist als die beiden nächst größeren zusammengekommen, unmöglich von der Staatsführung weiter ausgeschlossen werden kann.

Hinsichtlich der Beurteilung der weiteren politischen Entwicklung der Wählerschaft zeigt der Ausfall der hessischen Wahl, daß die Wählermassen auf breiterer Front in Bewegung gekommen sind. Deutlich erkennt man vier Sammelbecken: die nationalsozialistische Bewegung, das Zentrum, die Sozialdemokratie und die Kommunisten. Was dazwischen ist, das ist anscheinend in völliger Auflösung begriffen. Möglicherweise wird diese Entwicklung aber auch noch zu einer Wiederannäherung der Sozialdemokratie und Kommunistischen Partei führen; sprach doch Dr. Breitscheid vor der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dieser Tage unter Hinweis auf eine offizielle Stellungnahme der SPD gegen den Einzeleffekt, davon, daß mit dieser Erklärung „ein schweres Hindernis zwischen der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei gefallen“ sei.

Hessens neuer Landtag.

Die erste Sitzung des neuen Landtags findet am 3. Dezember in Darmstadt statt.

Ueber die Bedeutung der Wahl äußerte sich der hessische Staatspräsident Dr. Adenauer

im Gespräch mit einem Journalisten dahin, neben den Erfolgen der Nationalsozialisten sei die schwere Niederlage bemerkenswert, die die beiden Parteien, die die bisherige Regierung am schärfsten bekämpft hätten, nämlich der hessische Landbund und die Deutsche Volkspartei erlitten hätten, die in ihren Mandaten von neun auf zwei bzw. von sieben auf eins zurückgegangen seien.

Auf die Frage, ob das jetzige Kabinett Folgerungen aus dem Ausgang der Wahlen ziehen werde, antwortete der Präsident, daß die Entscheidung darüber dem am 3. Dezember

ber zusammen tretenden neuen Landtag zufalle. Auch Staatspräsident Dr. Adenauer hält die Bildung einer neuen Regierung für sehr schwierig. Eine auf der Weimarer Koalition aufgebaute Regierung, wie sie nunmehr 13 Jahre hindurch bestanden habe, sei nicht mehr möglich, eine reine Rechtsregierung aber nur unter Tolerierung durch das Zentrum, das in einem gewissen Sinne die Schlüsselstellung in der Hand habe.

Erklärung der NSDAP.

Die Reichsleitung der Nationalsozialisten veröffentlichte eine Erklärung zu dem Ergebnis der Hessenwahl, in der es u. a. heißt:

„Die Landtagswahlen in Hessen haben der NSDAP den erwarteten großen Sieg gebracht. Noch weit stärker als bei den letzten Wahlen in Hamburg, Anhalt und Mecklenburg hat die Bewegung das Tempo ihres unaufhaltbaren Vormarsches gestaltet. Die schwarz-rote Regierungskoalition ist von der NSDAP entscheidend geschlagen worden und verliert von ihren 42 Mandaten 16.“

Die NSDAP konnte ihre Stimmenzahl gegenüber der letzten Reichstagswahl um 115 Prozent steigern.

Unter Berücksichtigung der weit stärkeren Wahlbeteiligung hat der Gesamt-Markismus eine schwere Niederlage erlitten. Gegenüber dem nationalsozialistischen Riesen sind andererseits die sogenannten rechten bürgerlichen Parteien zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken.

Im neuen Landtag werden die Freiheitskämpfer im Braunschweig allein rund 40 Prozent der gesamten Mandate repräsentieren. Wenn das Zentrum weiter gegen das erwachende Deutschland regieren will, wird es sich seine Bundesgenossen bei den Kommunisten suchen müssen. Denn in Hessen ist nicht nur um die Landespolitik gekämpft worden, sondern die Hessenwahl ist in ganz besonderer Weise die Antwort des Volkes an den Kurs des Herrn Brüning, und ein untrügliches Stimmungsbarometer gegen die heutige Reichspolitik.

In Hessen hat das Volk wieder und in weit überzeugender Weise als bisher schon zum Ausdruck gebracht, daß es die Herrschaft des Nationalsozialismus will. Wie lange werden noch die Kapitulationswörter der Demokratie sich weigern, ihre eigenen Gesetze zu vollziehen, wenn der Wille des Volkes sich überzeugend gegen sie entscheidet?

Sabotage der Abrüstung.

Frankreichs Antwort auf Deutschlands Sicherheitsforderung.
— Paris, 17. November.

Der Vorsitzende der Heereskommission der französischen Kammer, Fabry, sprach in Belancon über die Abrüstungspolitik Frankreichs und führte dabei aus, die Sicherheit müsse durch die nationale Verteidigung oder durch eine internationale Polizei organisiert werden. Das eine oder das andere oder beides gleichzeitig sollten notwendigerweise die rein moralischen Verpflichtungen des Kellogg-Pakts ergänzen. Der Angreifer müsse automatisch festgestellt und sofort und wirksam verurteilt und bestraft werden. Wenn Frankreich aber frage, so meinte Fabry, wer bereit sei, diese Verpflichtungen einzugehen, dann antwortete keiner der interessierten Staaten.

Trotz dieser Mißerfolge, so fuhr Fabry selbstzufrieden fort, habe Frankreich seine Rüstungen derart eingeschränkt, daß es hinter seiner Grenze nur 163 000 ausgebildete Mannschaften besitze. Es habe auf diese Weise die Zahl der ausgebildeten Mannschaften um 60 Prozent reduziert. Selbst wenn man noch die 66 000 ausgebildeten Mann der Reserve dazu nehme, sei immer noch die Zahl der ausgebildeten Mannschaften um mehr als 42 Prozent eingeschränkt. Wenn Deutschland die offizielle Verfassung seiner Armee ändere, dann müßte Frankreich sich entweder mit einer „Minderheitsfront voller Gefahren“ abfinden, oder wieder den Wettrüstkampf aufnehmen.

Diese Erklärung, die offenbar als eine Antwort auf die von Reichswehrminister Groener erhobene Forderung nach gleicher Sicherheit für alle Nationen gedacht ist, eine monoton Wiederholung von Angaben, die längst als falsch erwiesen sind. Auch Fabrys dialektische Kunde schaffen nicht die Tatsachen aus der Welt, daß Frankreich trotz seiner Rüstungseinschränkung auch heute noch mehr als 600 000 Mann ständig unter Waffen hat, daß es ohne Befragung des Parlaments drei Reservejahrgänge von einem Tag auf den anderen einberufen kann und daß es 2500 Tanks und ebenso viele Kriegsflyzeuge sofort einsetzen kann. Mit anderen Worten, daß Frankreich das am stärksten gerüstete Land der Welt ist!

Ungarns Heer ehrt Hindenburg.

Der Reichspräsident übernimmt die Inhaberschaft des 2. Infanterieregiments.

— Berlin, 17. November.

Reichspräsident von Hindenburg empfing eine von dem Regimentskommandeur Oberst Delei Kosos geführte Offiziersabordnung des königl. Ungarischen Honvéd Infanterieregiments Nr. 3, die ihm im Auftrage des Reichsverweyers von Horthy die Urkunde über seine Ernennung zum Inhaber dieses Regiments überbrachte. Das genannte Regiment führt die Tradition des 1. u. 1. Infanterieregiments Nr. 69 weiter, dessen Oberstinhaber Generalfeldmarschall von Hindenburg war. Der Reichspräsident beehrte die ungarischen Gäste zum Frühstück, an dem u. a. auch die Mitglieder der ungarischen Gesandtschaft sowie der Reichsminister und der Reichswehrminister teilnahmen.

Nach vor dem Empfang beim Reichspräsidenten besuchten die ungarischen Gäste in Begleitung des Militärattachés bei der ungarischen Gesandtschaft, nachdem sie dem General der Infanterie Haffe und dem Kommandeur des Bekehrtes III. Generalleutnant von Stülpnagel, einen Besuch abgestattet hatten, das preussische Ehrenmal unter den Linden. Sie wurden hier vom Kommandanten der Stadt Berlin, Oberst von Wickenburg, und zwei Offizieren der Marineleitung empfangen und legten einen Kranz nieder mit der Aufschrift:

„In dankbarem Andenken der treuen Waffenbrüderschaft die königlich ungarische Honvéd.“

Die letzte deutsche Lehrerin im Weichselthal entlassen.

* Die letzte deutsche Lehrerin in der Weichselniederung, Frau Albrecht in Troyl, ist aus dem polnischen Staatsdienst entlassen worden. Ihre Stelle wurde einer polnischen Lehrerin übertragen.

Der Rat in Paris.

Neue Beratung des Mandchurenkonflikts.

— Paris, 17. November.

Die außerordentliche Tagung des Völkerbundsrates wurde Montag nachmittag am Quai d'Orsay durch den französischen Außenminister Briand eröffnet. Der amerikanische Botschafter in London, General Dawes, wohnte der Sitzung als Beobachter bei.

Außenminister Briand begrüßte besonders den englischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Sir John Simon und Staatssekretär von Bülow. Er gab einen Überblick über die Entwicklung des chinesisch-japanischen Konflikts seit der letzten Ratstagung und betonte, daß der Völkerbund weiterhin nach einer „unparteiischen Lösung“ suchen wolle.

Staatssekretär von Bülow gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Mitwirkung Deutschlands zur Lösung des Konflikts beitragen möge.

Der öffentlichen Eröffnungssitzung folgte sofort eine nichtöffentliche Sitzung.

Englands Zollpläne.

Wertzölle auf Fertigwaren bis zu 100 Prozent.

— London, 17. November.

Der englische Handelsminister Runciman sprach im Unterhause über die handelspolitische Großbritanniens. Er stellte zunächst fest, daß die Krisis trotz der Wahl weiterhin fortdauere. In bezug auf das Stillhalteabkommen bemerkte er, daß wohl seit September einzelne Waren zurückgezahlt wurden, daß aber England bei Ablauf des Stillhalteabkommens von Deutschland immer noch sehr große Beträge zu erhalten habe. Wenn nicht angemessene Schritte unternommen würden, würde das kommende Jahr das schlimmste sein, das die britische Industrie je erlebt habe.

Die Regierung sei zu dem Entschluß gekommen, daß es der beste Weg sei, um anormalen Einfuhren sofort zu begegnen, das Handelsamt zur Erhebung von Wertzöllen bis zu 100 Prozent auf gewisse Waren zu ermächtigen. Landwirtschaftliche Produkte würden davon nicht betroffen sein, vielmehr würden sich die Vorschläge zum überwiegenden Teil auf Fertigwaren beziehen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede ging der Minister auf die Rückwirkungen ein, die die deutschen Reparationszahlungen auf den britischen Handel und die britische Industrie gehabt haben.

Die Übernahme von etwa 350 deutschen Schiffen für England sei tatsächlich der erste Schlag für die englische Schiffbau-Industrie gewesen.

Es seien Fehler begangen worden, für die England nunmehr zu zahlen habe. England sei für Reparations- und Kriegsschuldenzahlungen in Europa als Ausgleichsstelle benutzt worden. Als dann erst einmal Gold aus Deutschland herausgefließen war, sei das ganze deutsche Wirtschaftsgeschehen zusammengebrochen. Kriegsschulden- und Reparationszahlungen seien einseitige Transaktionen. Sie hätten einen direkten Einfluß auf die Währung ausgeübt.

Grandis Ankunft in Amerika.

— New York, 17. November.

Der italienische Außenminister Grandi traf mit dem Dampfer „Conte Grande“ im Hafen von New York ein und trat von dort sogleich die Weiterfahrt nach Washington an. Wegen des dichten Nebels mußte der ursprüngliche Plan, Grandi und seine Begleiter im Flugzeug von New York nach Washington zu bringen, fallengelassen werden. Grandi begab sich im Jolktutter nach Jersey City und fuhr von dort mit der Bahn nach Washington.

Chinesen-Kavallerie geschlagen.

Beilegung des Mandchurenkonflikts außerhalb des Völkerbundes?

— Paris, 17. November.

Zu Beginn der neuen Ratssitzung, deren Tagesordnung wiederum von dem Mandchurenkonflikt ausgefüllt wird, verlaute, der amerikanische Botschafter in London, General Dawes, habe im Verlaufe der Besprechungen mit den Vertretern Chinas und Japans Vorschläge für die Beilegung des Konflikts außerhalb des Rates unterbreitet. Die Vertreter Chinas und Japans sollen daraus sofort an ihre Regierungen gefaßt und um Instruktionen ersucht haben.

Vom Kriegsschauplatz liegt folgende Meldung vor: Der Kommandeur der japanischen Mandchuren-Truppen hat unter Einsetzung von Infanterie, Kavallerie, Artillerie und Flugzeugen in der Nähe des Nonni-Flusses die chinesischen Truppen angegriffen, um einer chinesischen Kavalleriedrohung zu begegnen. Im Verlaufe des Gefechts schlugen die Japaner 4000 Mann chinesische Kavallerie in die Flucht und besetzten das Dorf Tschienhuanti nordöstlich der Nonni-Eisenbahnbrücke.

Rüstungspause in Kraft getreten.

Der Generalsekretär des Völkerbundes teilt mit, daß die von der letzten Völkerbundsversammlung beschlossene einjährige Rüstungspause in Kraft getreten ist, und zwar mit Wirkung vom 1. November ab. Dem Vorschlag haben nahezu 50 Staaten zugestimmt.

Ausfuhrüberschuß

383 Millionen Mark.

Die deutsche Ausfuhr nach Uebersee rückgängig, nach Europa im Ansteigen.

Allen Zoll- und Währungsbindnissen zum Trotz hat sich die Saisonbelegung der deutschen Ausfuhr im Oktober weiter fortgesetzt. Obwohl die Reparationslieferungen von 23 auf 13 Millionen Mark gesunken sind, ist die Ausfuhr gegenüber September um 43 auf 87,7 Millionen Mark gestiegen. Da sich gleichzeitig die Einfuhr nur um 34 auf 48,3 Millionen Mark erhöht hat, ist der Reforbusfuhrüberschuß von 387 Millionen Mark, der im September erzielt wurde, noch übertroffen worden.

Die Handelsbilanz des Oktober erbrachte einen Aufschuß von 396 Millionen Mark mit und 383 Millionen Mark ohne Reparationen.

Der Gesamtverkauf aus den ersten zehn Monaten dieses Jahres stellt sich auf 2358 Millionen Mark.

Dabei ist die Ausfuhr nach europäischen Ländern vom zweiten zum dritten Vierteljahr stärker (+ 5,4 Prozent) gestiegen als die Ausfuhr nach Übersee (3,1 Prozent). Die Verchiebung zugunsten Europas ist im wesentlichen der starken Zunahme der Ausfuhr nach Rußland zu verdanken, die von 133 Millionen Mark im zweiten auf 244 Millionen Mark im dritten Vierteljahr gestiegen ist.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

„Choralbuch für Posaunen-, Kirchen- und andere gemischte Chöre und für das christliche Haus“, bearbeitet von D. Joh. Kuhlo. 472 Nummern geb. 3,50 M. Verl. C. Bertelsmann, Gütersloh.

Sozusagen als seine Geburtstagsgabe an die christliche Gemeinde legt der noch so jugendfrische unermüdete Posaunenmeister Deutschlands an seinem 75. Geburtstag dieses wertvolle Choralbuch vor. Zu den Sätzen, die in gründlicher Bearbeitung im ersten Band des Ruhlo'schen Posaunenbuches enthalten sind kommen hier noch eine Anzahl neuer, die bisher noch vermehrt wurden. Es umfaßt das Hamburgische Gesangbuch (für Schleswig-Holstein, Lauenburg, Mecklenburg-Schwerin, Strelitz, Lübeck, Eutin), das Ostpreussische (für Danzig, Grenzmark Posen-Westpreußen und Polen) und das Rheinisch-Westfälische Gesangbuch. In dem handlichen Format des Buches, unter sorgfältiger Auswahl der Textverse und klarem Druck der Noten haben Pastor D. Kuhlo und der Verlag ein Werk geschaffen, an dem die Chöre Freude haben werden. Aber auch für die Hausmusik wird man sich mit dem Choralbuch etwas anschaffen, was dauernd Freude macht. D. A.

„Entwurf eines organischen Reichsschulgesetzes zur Ausführung des Artikels 146, Absatz 2, R.V. nebst Begründung“, von Verbandsdirektor Rektor a. D. A. Grünweller.

Solange sich die deutsche Republik ihre Verfassung gegeben hat, die auch eine Neuordnung des Schulwesens vorsieht, warten alle interessierten Kreise auf ein entsprechendes Gesetz. Die wichtigste Frage dabei ist die nach der Stellung, die die christliche Religion in diesem neuen Schulwesen einnehmen soll. Darüber hat man sich bis jetzt nicht einig werden können. Das ist sicher mit ein Grund, weshalb es überhaupt noch nicht zu einem brauchbaren Gesetz gekommen ist. Das vorliegende Gesetz enthält nun einen Gesetzentwurf, so, wie ihn sich die Kreise denken, die unter allen Umständen die christliche Schule fordern. Das Gesetz berichtet auch sonst über die evangelische Schulgemeindegewegung. Es ist für 50 Pfennige von der Geschäftsstelle des Reichsverbandes deutscher evang. Schulgemeinden Wuppertal-Barmen, Siegesstraße 128, zu beziehen.

Bielefelder Vortragsabend.

Die Ankündigung dieser Vortragsabende in der Ressource, für die die Bielefelder bisher neuartige Form einer öffentlichen Disputation zwischen zwei Fachleuten gewählt wurde, hat im Publikum einiges Aufsehen erregt, und die Plätze sind daher, wie wir hören schon jetzt

fast ausverkauft. Viele werden sich gefragt haben, was eigentlich der letzte Zweck dieser Veranstaltung sei und wer denn eigentlich „dahinter stehe“. Die Antwort lautet so: Dahinter stehen vor allen Dingen nicht etwa eine politische Partei, sondern ganz einfach und schlicht ein Kreis deutscher Männer, die sich eigens für diesen Zweck zusammengefunden haben, weil er ihnen als solcher einleuchtete, auch ohne daß irgendwelche „Prominenten“ oder „Organisationen“ sich zuerst dafür hätten einsetzen müssen. Denn es ist offenbar in unserer durch den politischen Parteikampf zerrissenen Zeit von großem Werte, daß einmal die das Volk in seinen letzten Tiefen aufwühlenden eigentlich „nationalen“ Fragen, die Fragen nach dem Verhältnis von Volkstum und Rasse, Volkstum und christlicher Kirche, Volkstum und Wirtschaft usw. gerade nicht auf der Ebene der Parteipolitik, sondern auf der einer höherstehenden, wissenschaftlichen Diskussion behandelt werden, bei der insoweit als möglich objektiver und jedenfalls ruhiger und von persönlichen Invektiven (Schmähereien, heftiger Ausfall mit Worten) freier Weise das Für und Wider von beiden Seiten dargelegt und angehört wird. Daß die einzelnen zum jeweiligen Thema sprechenden Redner dabei ihren Standpunkt klar herauszutreten lassen werden, ist selbstverständlich. Dem Zuhörer soll aber gerade dadurch Gelegenheit geboten werden, die für diesen Standpunkt sprechenden Argumente nun einmal im Zusammenhange kennen zu lernen und sie dann mit den Argumenten des entgegengesetzten Standpunkts zu vergleichen. Und damit ist also zugleich der Zweck dieser Abende schon genügend gekennzeichnet. Die Veranstalter sind überzeugt, daß es der von Tag zu Tage stärker anschwellenden nationalen Bewegung nur von Nutzen sein kann, wenn sie in solcher Weise einmal gezwungen wird, sich auf ihre letzten weltanschaulichen Hintergründe zu besinnen und nicht mit dem Schlagwort, sondern mit dem ernstesten Rüstzeug der Wissenschaft und ihrer Begriffsbildung ihr eigenes Wesen darzustellen. Gleich der erste, am Freitag stattfindende Vortragsabend wird das ausweisen. Denn Prof. Dr. Scheidt, der Direktor des Museums für Völkerkunde in Hamburg und langjähriger Schriftleiter der Zeitschrift „Volk und Rasse“, ist einer der führenden Rassenhygieniker in Deutschland und sicherlich weit von jenem unvernünftigen und unklaren Rassenfanatismus entfernt, den man manchmal in der „völkischen“ Bewegung — zu deren eigenem Nachteil — antrifft. Sein Disputationsgegner, Studienrat Dr. Spiekerhöfner von hier, ist allen naturwissenschaftlich orientierten Kreisen als besonders tüchtiger Biologe bekannt. Die Zuhörer dieses Abends werden so erfahren, was es eigentlich mit dem vielberufenen Rassenbegriff wirklich auf sich hat und warum und wie auf der gleichen naturwissenschaftlich gesicherten Grundlage doch recht verschiedene politische und soziologische Folgerungen gezogen werden können.

Hinweise.

Die junge Frau Schmitz ist ratlos!

Stellen Sie sich vor: Erst vorgestern hatte sie sich die schön gebülmte Damaststichdecke gekauft, und heute schon brach das Unglück herein. Die kleine Junge — Sie wissen ja, wie ungeschickt Kinder sein können — stieß ihre Tasse um, und der gute Kakao gab einen gehörigen Ruck. Sie können sich denken, Frau Schmitz war untröstlich, und die kleine lief gedreht umher. Bis ihr plötzlich ein Licht aufging. „Mutti“, sagte sie, „wasch die Decke doch mal in einer Sillöl-Lösung.“ Ja, das Mädel hatte richtig getippt: Sillöl als Bleich- und Fleckenmittel — unerreicht!

Weihnachtsbitte!

der Deutschen Seemanns-Mission in Amsterdam.

O du fröhliche, o du festliche gnadenbringende Weihnachtszeit!

Wieder naht die Weihnachtszeit mit ihrer Freudenbotschaft: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“, die so tröstlich hineinklingt in das Dunkel unserer Tage. Wieviel bekümmerte und verzagte Menschenherzen warten darauf, daß ihnen Weihnachten eine Abwechslung ihres Daseins, eine Freude bringen möge! — Zu diesen gehören auch unsere deutschen Seeleute, die fern von der Heimat darauf warten, daß ihnen liebe Hände den Weihnachtstisch decken. Sie müssen doch das, was jedem Menschen auf Erden das Liebste ist, die Heimat, oft schmerzlich entbehren, dabei drängt sich gewiß manchem die bange Frage auf: „Wird christliche Liebe auch deiner gedenken, oder wirst du in fremden Ländern und auf fremden Meeren vergessen werden?“ Da will die Seemannsmission eintreten und den deutschen Seeleuten, die zur Weihnachtszeit mit ihren Schiffen im fremden Hafen liegen, den Christbaum anzünden und ihnen im Seemannsheim ein Stück deutscher Heimat zu ersetzen suchen.

So kommen wir auch jetzt zur „Aufwärtsgemeinde“ mit der Bitte: „Helft uns diese Liebesarbeit tun zu können.“ Wir wissen wohl, wie bange Sorge und Not jetzt überall herrschen, aber wir wissen auch, daß unsere Freunde und Freundeinnen ein warmes Herz für unsere Seeleute haben und uns gerne helfen wollen und werden, soweit sie können.

Willkommen sind Strümpfe, Taschentücher, Bücher, Tabakbeutel, Nähbestecke, Halstücher, Hosenträger, Pfeifen, Briefpapier und Selse. Von Tabak bitten wir abzuweichen, da derselbe hoch verzollt werden müßte. Einen persönlichen Gruß mit der eigenen Adresse beizufügen, verleiht der Gabe einen besonderen Wert und wird von dem Empfänger immer dankbar geschätzt und freudig begrüßt.

Wir senden diese Bitte so früh hinaus, weil die Weihnachtskiste schon 14 Tage vor dem Fest abgehen muß, um den Anschluß an den Dampfer, der sie kostenfrei nach Amsterdam bringen soll, zu erreichen.

Alle Liebesgabenpäckchen mit dem Vermerk: „Für die Seemannsmission“, bitten wir recht bald an Hausvater Gödelmann, Bethel bei Bielefeld, Haus Nazareth, senden zu wollen.

Mit herzlich dankbaren Weihnachtsgrüßen und Wünschen Amsterdam-Bethel, 1931.

Deutsche Seemannsmission

L. Würdemann, Vorsitzender,
R. Gödelmann, Hausvater,
E. Sorekht, Seemannsmissionar.

Bethel.

Schon wieder scheidet einer unserer Alten aus dem aktiven Dienst. Hermann Lippold wird mit dem heutigen Tage 65 Jahre alt. Nach 34-jähriger, treuer Arbeit im Fuhrgeschäft tritt er in den Ruhestand. Wir gedenken seiner in Dankbarkeit. Gott schenke ihm im Kreise der Seinen einen zufriedenen und ruhigen Feierabend.

Fuhrgeschäft der Anstalt Bethel.

In dieser Woche sollen folgende Abendmahlsfeiern gehalten werden: Buß- und Betttag um 16½ Uhr in Sarepta. Sonnabend vor Totenfest 19.10 Uhr in Zion und Totenfest im Anschluß an den 9 Uhr-Gottesdienst in Sarepta. Die Beichte findet bei allen drei Feiern jedesmal unmittelbar vorher statt.

Blaukreuz-Verein. In dieser Woche fällt die Blaukreuz-Stunde aus.

Statt am 18., Donnerstag, den 19. November, um 3½ Uhr Frauenhilfe im Altsapheum. L. v. B.

Christlicher Verein junger Mädchen.

Donnerstag abend: Singkreis.

Freitag abend kommen der Vorstand und die Gruppenmütter im Gruppenaal zusammen.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Büttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Die Geburt eines gesunden

Jungen

zeigen in dankbarer Freude an.

Studiendirektor Dr. Georg Müller
und Frau Johanna, geb. Dombris

Bethel, am 15. November 1931.

Statt Karten.

Meine geliebte Frau, meine herzensgute Mutter,
unsere liebe Schwester, Schwägerin und Nichte

Martha Michels

geb. Heig

ging am Sonntag, den 15. November, nachmittags 3 Uhr
nach schwerem, tapfer durchlittenen Leiden im 47. Lebens-
jahr zum ewigen Licht ein.

In tiefem Leid:

Heinrich Michels
Detlef Michels
und Anverwandte.

Bielefeld, den 16. November 1931.

Die Beisetzung findet am Donnerstag, den 19. November um
11½ Uhr vormittags von der Kapelle des Johannisfriedhofes aus statt.
Vorfeier um 11 Uhr.

Haus Dennoch, Davos-Dorf, Schweiz

von Kreuznacher Diakonissen seit 26 Jahren geführt,
kann Lungenleidenden weiblichen Geschlechts auf das
wärmste empfohlen werden. Ermäßigte Preise.
Ausführlichen Prospekt versendet

Direktion der Diakonie-Anstalten, Bad Kreuznach.

Landwirtssohn, 28 Jahre, staatlich geprüfter Landwirt mit langjähriger Praxis auf intensiven Betrieben Rheinlands und Westfalens, sucht entsprechenden

Wirkungskreis

am liebsten als selbstständiger Betreuer auf mittlerem Betrieb (100-400 Morgen) oder auch als Beamter auf größerem Gut. Gute Zeugnisse stehen zur Verfügung. Eintritt kann sofort erfolgen. Angebote unter A 2039 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Einen herrlichen

Ruheplatz

bietet Erholungsuchenden das Hasliberg-Haus Golden, Berner Oberland, 1060 m hoch, sonnenreich, windgeschützt, behaglich eingerichtet, sorgf. geführt. Herbst- und Winterkuren, bes. stärkend, auch für schwächliche Kinder bei mütterl. Pflege und jung. Mädchen zur Ausbildg. im Haushalt. Auf Wunsch Diätkost. Preise d. Notzeit angepaßt. Ill. Prospekt vom Hausvater Dr. A. Burckhardt, Brl.

Wir empfehlen unsere aus bestem Material, in eigenen Werkstätten hergestellten



Aluminium-Geschirre
und
Korbwaren

Tiberias-Werkstätten, Bethel bei Bielefeld

Trinkerrettungsanstalt
Blaukreuzhof

Hamm (Westf.) Land

Gründungsjahr 1906

Fernr.: Uentrop 32 Fernamt Hamm

Postcheckkonto: Dortmund 3124

Stellengesuche
und Angebote

haben im „Aufwärts“
großen Erfolg!

Ernst Münch, Brackwede

Hauptstraße 81

Silber-Bestecke

aller Fabrikate